

# Suchen und Irren im roten Jahrzehnt

## Als österreichischer Linker in den 1970er Jahren

KARL WIMMLER

*Im Oktober erscheint im Promedia Verlag Karl Wimmlers Buch „Kein Spiel. Als österreichischer Linker in den 1970er-Jahren“. Wimpler, politischer Aktivist in Graz vor allem in den 1970er Jahren, wirft darin den kritischen Blick eines Zeitzeugen auf die Epoche, um wichtige Parameter der politischen Linken begreiflich und für die Gegenwart nutzbar zu machen. Er erzählt vom Aufwachsen in einer postnazistisch geprägten Provinz, seiner politischen Sozialisierung in Graz und den Aktivitäten der (radikalen) Linken im „roten Jahrzehnt“. Er erinnert sich an wichtige kulturelle Aushängeschilder, einflussreiche Medien und politische und künstlerische Ikonen wie Heinrich Böll, Ulrike Meinhof, Wolfgang Bauer, Peter Handke, Angela Davis oder das Magazin „konkret“. Selbstkritisch beleuchtet er das Verhältnis zu „Revolution“, „Partei“ und linker Vergötzung der Lohnarbeit und beschreibt den langen Niedergang der Linken bis in die Gegenwart. Der Titel „Kein Spiel“ bezieht sich auf einen im letzten Abschnitt des Buches thematisierten Hinweis von Walter Benjamin, der sich zum bekanntesten österreichischen Außenminister aus Monarchie-Zeiten, Klemens Wenzel Lothar von Metternich, äußerte, dieser habe „das Leben am liebsten mit dem Spiel verglichen“. Als Vorabdruck folgt hier ein Ausschnitt aus der Mitte des Buches. (Die Zwischentitel wurden von der Redaktion eingefügt.)*

Ihr seid ja alle Dogmatiker“, lautete einer der häufigsten Vorwürfe gegenüber den meisten damaligen Linken, den auch ich mir immer wieder anhören musste und der auch nach den 1970er Jahren epidemisch den Linken nachgerufen wurde. Diese Kritik lag schon allein deshalb für manche auf der Hand, weil die Sprache der Linken häufig nicht nur sehr theoretisch klang, sondern auch aus viel marxistischer Theorie oder von Marx, Engels und Lenin übernommenen Sprachformeln bestand, die über eine wenig untersuchte Realität gestülpt wurden. Manche Kritikerinnen und Kritiker, wovon lediglich wenige, in der Regel aus dem links-christlichen Lager, Aufrichtigkeit für sich in Anspruch nehmen konnten, hielten den Linken das Kopieren

ausländischer Vorbilder oder den fehlenden Bezug zur österreichischen Wirklichkeit vor, was zweifelsohne nicht allzu weit hergeholt war. Gerne wird dabei aber übersehen, dass die Gründe dafür hauptsächlich in einer umfangreichen Vernichtung der sozialistischen und kommunistischen Linken sowohl personell, als auch im Hinblick auf das geistige Niveau durch Faschismus und Nationalsozialismus, zu einem bei weitem geringeren Teil durch den Stalinismus, zu suchen waren. Nicht zufällig hatte sich für einige Jahre der Begriff „Neue Linke“ etabliert, zumal die alte als Linke kaum mehr erkennbar war. Die KPÖ repräsentierte eine auch im biologischen Sinn alte Partei, nicht zuletzt durch ihren enormen Aderlass im Kampf gegen den Nationalsozialismus. Mit der jahrelangen Verdammung Titos, der sowjetischen Militärintervention in Ungarn 1956 und schließlich dem Einmarsch der Sowjetunion und ihrer Verbündeten in die Tschechoslowakei im Jahr 1968 war ihr zusätzlich ein erheblicher Teil ihres nicht zuletzt auch intellektuellen Personals weggebrochen. In anderer Weise hatte sich die SPÖ nach 1945 – ebenfalls intellektuell, insbesondere von Linken, reduziert – als hauptsächlich restaurative Kraft der westlichen Seite des Kalten Krieges etabliert, die erst mit der Kanzlerschaft Kreiskys wieder über die Parteigrenzen hinaus merkbar soziale Themen in den Vordergrund rückte.

### Marxistische Literatur

Die von außen als „Neue Linke“ bezeichneten Gruppierungen und Einzelpersonen mussten sich zunächst vor lauter westlicher Pressefreiheit erst mühsam zusammenklauben, was an grundlegenden Texten des Sozialismus und Kommunismus zwar in den 1920er und 1930er Jahren verfügbar, nun aber verschwunden oder marginalisiert war. Die Schulen fungierten über weite Strecken als katholisch dominierte Konformitätsanstalten, und über die Universitäten urteilte der nicht gerade als extremer Linker verschriene österreichische Philosoph Ernst Topitsch, sie seien „Enklaven des Salazar-Regimes in Mitteleuropa“, jenes portugiesischen Regimes, dessen faschistische Herrschaft erst durch die

„Nelkenrevolution“ des Jahres 1974 beendet wurde. Für Marx, Engels und Lenin pilgerte man üblicherweise in die allerdings nur in einigen Landeshauptstädten existierenden KP-eigenen Buchhandlungen, in denen wissenschaftlich einwandfreie Ausgaben aus der DDR geführt wurden oder bestellt werden konnten. (Später lieferte auch der *Verlag für fremdsprachige Literatur Peking* einige spottbillige Taschenbuchausgaben.)

Oder, was einem heute wie eine Erzählung von einem anderen Stern erscheinen mag, ich fuhr wie viele andere, die „in den Bundesländern“ oder „in den Ländern“ zuhause waren, nach Wien, um in der Buchhandlung von Brigitte Herrmann in der Grünangergasse hinter dem Stephansdom sozialistische und kommunistische Schriften aufzustöbern, die man sonst nirgends im ganzen Land finden konnte – von Faksimile-Reproduktionen aus der Zwischenkriegszeit bis zu Publikationen linker politischer Kleinstverlage aus der BRD. Praktisch sämtliche Debatten früherer Jahrzehnte, die der Anwendung, Kritik oder Weiterentwicklung der marxistischen Theorie galten, waren unterbrochen oder Geheimwissen. Die untergegangenen Schriften aus den 1930er Jahren von Walter Benjamin, Karl Korsch und August Wittfogel, aber auch von innerparteilichen oder parteinahen Auseinandersetzungen, erschienen erst wieder nach und nach in einer dafür ziemlich eng gewordenen Öffentlichkeit der 1970er Jahre, aber eben nicht als aktuelle Debattenbeiträge, sondern als historische Belege für ein spezielles Publikum; Max Horkheimers und Theodor Adornos „Dialektik der Aufklärung“ aus dem Jahr 1944 ein Vierteljahrhundert später.

Manche bedeutsame Schriften wurden erst durch die Initiative Einzelner als illegale Raubdrucke reproduziert und publiziert, etwa in Amsterdam, Schriften Wilhelm Reichs beispielsweise, aber auch literarische Werke, die sich heute noch in meiner Bibliothek finden wie Romane von Ernst Ottwalt oder Sergej Tretjakow. Ich entdeckte also zunächst Marx und Engels mit einigen Gleichgesinnten mühsam vom „Kommunistischen Manifest“ angefangen, über „Lohn, Preis und Profit“, „Der Bürger-

krieg in Frankreich“, schließlich „Die Dialektik der Natur“ oder den „Anti-Dühring“ von Engels und scheiterte beim ersten Anlauf von „Das Kapital“. Von Lenin folgte dann nach einigen kleineren Schriften zunächst seine umfangreiche Schrift über den Imperialismus und „Was tun?“, womit ich dann wissen sollte, was zu tun sei.

Nicht viel anders verhielt es sich mit der Literatur. Meine erste Ausgabe von Gedichten Erich Mühsams, dieses bereits 1934 56-jährig von den Nazis umgebrachten Münchner Rätorepublikaners und antimilitaristischen, freigeistig-kommunistischen Schriftstellers, erwarb ich antiquarisch in der „Volksbuchhandlung“ der KPÖ, eine Ausgabe aus dem Jahr 1960 vom *Verlag für fremdsprachige Literatur Moskau*, mit einem Vorwort in russischer Sprache, das dafür mitten im kyrillischen Buchstabensalat den schönen deutschen Vers bereithält: „Das Vaterland, das Vaterland ist Republik / Und ‚Deutschland über alles‘ bläst die Blechmusik.“ Erst Ende der 1970er Jahre bemühten sich dann westdeutsche Verlage, ihren neu entdeckten Antinazismus literarisch zur Schau zu stellen und druckten Mühsam, weil durch das gestiegene Interesse Profit winkte.

In ähnlicher Weise hätte ich weder im normalen Buchhandel und schon gar nicht in der außerhalb der Landeshauptstädte weit verbreiteten *Buchgemeinschaft Donauland* erfahren, dass es einen Roman von Anna Seghers über die österreichischen Februarkämpfe des Jahres 1934 gab: „Der Weg durch den Februar“. Und selbst als die US-Verfilmung ihres Romans „Das siebte Kreuz“ aus dem Jahr 1944 mit Spencer Tracy in der Hauptrolle, die hierzulande wie in Westdeutschland nie in die Kinos kam, in den 1970er Jahren im Fernsehen gezeigt wurde, fand ich das Buch nur in einer KPÖ-Buchhandlung, gedruckt in der DDR. Jura Soyfer, Theodor Kramer, Franz Kain, Susanne Wantoch, Eva Aschner, Karl Wiesinger, Richard Zach und unzählige andere linke Autorinnen und Autoren kannte niemand, vulgo: wenige Spezialisten oder Spezialistinnen. Und viele andere Schriftsteller wurden erst Jahrzehnte später wiederentdeckt. Gar nicht zu reden davon, dass selbst Bertolt Brecht nicht nur auf den Theaterbühnen des Landes bis in die 1960er Jahre boykottiert worden war. Sogar von der ersten Aufführung der „Dreigroschenoper“ in Graz behauptete die steirische SPÖ-Zeitung *Neue Zeit* wahrheitswidrig, es habe sich um eine „beispiellose Pleite“

gehandelt, zumal „(heute) diese sozialkritische Anklage relativ ins Leere“ ziele.

### Bruchstückhafte Theorierekonstruktion und stolpernde Praxis

Sowohl durch die „Marxistische Studentenorganisation“ auf Hochschulboden und den „Kommunistischen Bund“ außerhalb – bei beiden war ich Mitglied –, als auch durch die meisten anderen Linken blieben die politischen Auseinandersetzungen im Land vor lauter Theorieaneignung und Blick auf die ganze Welt unterbelichtet. Oder aber es geriet jede Kleinigkeit, jede politische Auseinandersetzung mit Wirkung auf die Werktätigen, jeder kleine Streik im sozialpartnerschaftlich streiklosen Land zum dramatischen „Kampf“, gefühlt nahezu als kleine Vorstufe zur Revolution. Das Bedeutsame wurde manchmal spät erkannt und vom weniger Wichtigen überlagert. So gehörte zwar eine die Gleichberechtigung der Frauen thematisierende dort und da aufgestellte und wiederholte Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit und gleichen Rechten für beide Geschlechter selbstverständlich zur kontinuierlichen Propaganda, aber die konkreten Auseinandersetzungen über Familienrechtsreform und Entkriminalisierung der Abtreibung wurden fast verschlafen, um dies später durch radikalisierte Forderungsübertreibung noch zu überspielen. Dazu kam eine oberflächliche Beurteilung der österreichischen Sozialdemokratie, die einfach die westdeutschen Analysen über die dortige SPD kopierte oder den kommunistischen Blick aus den Neunzehnzwanzigerjahren auf die Sozialdemokratie im allgemeinen umstandslos auf die SPÖ projizierte. Eine linke Politik, die die Eigenheiten und die besondere Geschichte und Stellung der österreichischen Sozialdemokratie ignorierte, konnte auf Dauer nicht gut gehen.

Aber ebenso wenig zukunftsweisend erwies sich das schamhafte Verschweigen der eigenen sozialistischen Vergangenheit durch die Sozialdemokratie. So blieb beispielsweise der gegen die Parteiführung vom Zaun gebrochene Februaraufstand des Schutzbunds im Jahr 1934 in der SPÖ zwar für lange Zeit ein Stachel gegen eine bewusstlose Vertrauensseligkeit gegenüber dem industriellen Bürgertum und dem Kapitalismus. Zugleich aber wurde die Erinnerung an diese Februarkämpfe auf eine innerparteiliche Folklore reduziert, bis fast niemand mehr wissen wollte, dass es so etwas wie Austrofaschismus gegeben hatte – und kaum noch jemand eine Ah-

nung davon hatte, worin der sozialdemokratische Austromarxismus bestand. Es waren hauptsächlich aus der Neuen Linken hervorgegangenen Gruppierungen oder Einzelpersonen, die darauf wieder aufmerksam machten. Die Quellen dafür waren nicht ohne weiteres zu finden, und sowohl die Sozialdemokraten, als auch die Kommunisten wachten mit Argusaugen über ihre Parteierzählung.

### Die Realität der Sozialdemokratie

Ich wiederum fühlte mich mit anderen dazu berufen, das soeben in der Vergangenheit und der neokolonialen Welt neu Entdeckte umgehend in der eigenen Hochschulzeitung und den Betriebsflugblättern umsetzen zu müssen. So hatte, abgesehen von allen theoretischen Abhandlungen, auch meine Geringschätzung und Verachtung der damaligen Sozialdemokratie gute Gründe. Diese fanden sich nicht nur in Jura Soyfers wiederentdecktem und endlich publizierten Romanfragment aus den Neunzehndreißigerjahren, „So starb eine Partei“, überzeugend bestätigt, sondern später auch beispielsweise von der 1968 geborenen Wienerin Andrea Wenig, die sich an Folgendes sehr genau erinnerte. Am 23. Juni 1974, einem Sonntag, sei sie mit ihrer Mutter allein zu Hause gewesen, in einer Zimmer-Küche-Kabine-Wohnung in Wien, ohne Bad und mit WC am Gang. „Zwei Zigarettenlängen“ habe ihre Mutter „vor dem Spiegel des Waschbeckens in der Küche“ ihre Haare toupiert, frisiert, mit Taft besprüht, während sie selbst ihre Puppe frisierte. „Nach vollendeter Haarpracht legte Mutter farbenfrohes Make-up auf, dann zog sie ihre Strümpfe an, eine weiße Bluse und ein Kostüm in dunklem Blau. Sie sah sehr elegant und schön aus. Sie trug dazu eine braune Lederhandtasche mit kurzem Trageriemen, braune Lederschuhe spitz zugeschnitten und mit hohen dünnen Absätzen. Ich selbst trug mein neues weißes Sommerkleidchen, weiße Spitzenstutzen und neue Sandalen.“ Kurz vor Ablauf seiner zweiten Amtsperiode war der Bundespräsident verstorben, der Sozialdemokrat, gelehrte Schriftsetzer und leidenschaftliche Esperantist Franz Jonas, weshalb die Wahl eines neuen Präsidenten erforderlich war. Im nahe gelegenen Schulgebäude befand sich das Wahllokal. Andreas Vater konnte beim gemeinsamen Gang zur Wahl nicht dabei sein, da er in der Wahlkommission des Bezirks tätig war. „Du, Mama? Was ist Wahl?“, fragte

Andrea ihre Mutter. „Das sind das Recht und die Pflicht der Bürger zur Mitbestimmung. Heute wähle ich den Präsidenten. Jeder im Land muss heute wählen gehen. Es gibt bei der Präsidentschaftswahl Wahlpflicht. Sonst holt einen die Polizei.“ Andrea konnte sich nicht vorstellen, was eine Wahl ist, „aber ich war sicher, wenn es eine Wahlkommission gibt, an der Vater frühmorgens in Anzug und Krawatte mitarbeitet und Mutter ihr schönstes Kostüm anzieht und sich aufputzt wie fürs Theater, dann muss es sehr wichtig sein.“

Diese Geschichte fand ich im Jahr 2019 in der *Wiener Zeitung*. Andrea Wenig erwähnte nirgends ihre Parteizugehörigkeit oder die ihrer Eltern, aber ich zweifelte nie auch nur eine Sekunde daran, dass die Tochter damit ihre gewissenhaften sozialdemokratischen Eltern im noch immer mit 60 Prozent der Stimmen von der SPÖ dominierten Wien beschrieb, die als brave Bürger nicht nur pflichtbewusst ihren staatsbürgerlichen Pflichten nachkamen, sondern der Vater darüber hinaus auch noch aktiv beim ordnungsgemäßen Funktionieren des formalen demokratischen Ablaufs mithalf. Mit einer Polizei, deren Drohung im Hintergrund der Feierlichkeit des demokratischen Augenblicks Nachdruck verlieh. Der demokratische Impetus eines Handelns im Sinne der Ausgebeuteten und Unterdrückten hatte sich von allem sozialen Inhalt entleert und auf staatsbürgerliche Formalismen reduziert. Und die „Kämpferinnen und Kämpfer für den Sozialismus“ waren zu staatsgläubigen Kleinbürgern mutiert. Nur wenige Jahrzehnte später scheint mir, dass sich die auch von der Sozialdemokratie nach 1945 gepflegte Illusion, „wir alle“ seien „der Staat“, bei vielen Angehörigen der unteren Klassen mit Recht ziemlich verflüchtigt hat, ob ersatzlos ist fraglich. Stattdessen verblieb eine Sozialdemokratie, die, statt im Sinne jener unteren Klassen zu handeln, wie die anderen Parlamentsparteien nichts als „das Staatsganze“ im Interesse des Funktionierens „der Wirtschaft“ und „des Standorts“ im Blick hat. Oder gar dieses „Staatsganze“ durch Phrasen über „Europa“ ersetzt.

In meinem Kindheitsort prangt bis zum heutigen Tag am Rathaus, an der der Hauptstraße zugewandten Gebäudeseite, nicht weit vom Eingang entfernt eine immer gesäuberte Tafel, die geräuschlos zu entfernen oder wenigstens im Stadtarchiv zu deponieren mehr als ein halbes Jahrhundert absolute Gemeinderatsmehr-



Demonstration der KPÖ am 1. Mai 1973 auf der Wiener Ringstraße

heit der Sozialdemokratie nicht ausreichte: „Dem Gründer des deutsch-österreichischen Bündnisses BISMARCK weihten an seinem 100. Geburtstag im Kriegsjahr 1915 die deutschvölkischen Vereine in Liezen diesen Stein.“ Die Reminiszenz an die „deutschvölkischen Vereine“ – Kriegstreiber, Völkerschlachtbefürworter und Antisemiten – hält sich ungebrochen bis heute. Damit nicht genug. Im Jahr 2009 feierte die Maschinenfabrik Liezen ihr 70-jähriges Bestehen, die in meiner Kindheit immer „das Werk“ genannt wurde, dann „die VÖEST“, später nie Noricum, obwohl die so bezeichneten Kanonen dort produziert wurden, nach dem Konkurs mit reduziertem Personal und anderen Eigentümern immer noch ein bedeutender Betrieb des Ortes. Das Feiern der Gründung eines Rüstungsbetriebs zur Unterstützung der Kriegsführung des „Großdeutschen Reichs“ ein Jahr nach dem „Anschluss“ im März 1938 löste meines Wissens bei kaum jemandem besonderes Befremden aus. Die Festschrift der Firma verklärte die Rolle des Betriebsgründers, Eigentümers und NS-Wehrwirtschaftsführers Schmid-Schmidfelden; vor allem aber publizierte die Gemeindezeitung unter dem Titel „Grüße aus Liezen für Josef Stalin“ ein Foto, das hämisch grinsende Soldaten der Deutschen Wehrmacht im Jahr 1942 zeigt, die die zehntausendste im Werk produzierte Granate umringen, mit der eingravierten Aufschrift: „An Josef Stalin – Gruß aus Liezen“. Kommentiert wurde das Foto unter anderem mit dem Satz: „Waren die Arbeiter mit Begeisterung bei der Sache oder war es nur das Werk eines Späßvogels?“

Die Waffenproduktion für den Aggressionskrieg gegen die Sowjetunion scheint demnach noch sechseinhalb Jahrzehnte danach eine gerechte und plausible Sache gewesen zu sein, die heute noch zum Gaudium geraten kann. Die Information, dass mehr als die Hälfte der gegen Kriegsende etwa tausendfünfhundert Arbeiter ausländische Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene aus zehn verschiedenen Nationen waren, wurde in der „Festschrift“ erwähnt, fand aber nicht in die Gemeindezeitung. Was immer die staatlichen Vergangenheitsbewältiger und „Opfermythos“-Theoretiker in den letzten Jahren erzählt haben, bis in diese Bezirksstadt haben sich ihre Geschichten ebenso wenig herumgesprochen wie in die Sozialdemokratie der Region.

### Lohnarbeit als Lebensideal

Ich kann mir allerdings vorstellen, dass derartige charakteristische Fehlleistungen nicht nur in einer in Sonntagsreden bedauerten Geschichtsvergessenheit begründet liegen, sondern auch mit einem Dogma im Zusammenhang stehen, das mir gegenüber damals nie beklagt wurde. Im Gegenteil, es handelt sich um ein weithin unwidersprochen anerkanntes Grundprinzip der kapitalistischen Welt und stellt zugleich eine weit verbreitete Vorstellung der sozialdemokratischen und kommunistischen Bewegung dar. Hatte schon in der Frühzeit des Sozialismus Josef Dietzgen verkündet: „Arbeit heißt der Heiland der neueren Zeit“, so kommt diese zum Dogma festgeschriebene Ideologie aufseiten der Linken am klarsten in der bis heute bei festlichen Anlässen gesungenen Parteihymne der

SPÖ zum Ausdruck. „Die Arbeit hoch!“, wird da begeistert seit eineinhalb Jahrhunderten angestimmt, dabei kann man sich auch auf August Bebel berufen, der in seinem für die damalige Zeit bemerkenswerten Werk „Die Frau und der Sozialismus“ geschrieben hatte: „Der Sozialismus stimmt mit der Bibel darin überein, wenn diese sagt: Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen.“

Wohl ist einzuräumen, dass sich solch ein Satz ursprünglich gegen den Adel und das Großbürgertum richtete, deren durch Ausbeutung fremder Arbeit gewonnenes Einkommen keiner eigenen Arbeit entsprach. Aber dieser ursprüngliche Gedanke verschwand bald im Nebel der Vergangenheit, sodass auch der zum „Tag der Arbeit“ degenerierte 1. Mai nicht nur in unseren Breiten ein weithin nichtssagendes Ereignis geworden ist. Noch vor wenigen Jahren hörte ich einen „für ein soziales Europa“ demonstrierenden Funktionär des Deutschen Gewerkschaftsbundes in ein TV-Mikrofon fordern: „Wir wollen, dass die Jugend in Europa mehr Arbeit bekommt!“ – Weiß so ein Mann, was er da redet? Konsequenterweise ging, wie der deutsche Sozialwissenschaftler Götz Eisenberg diagnostizierte, mit der Vergötzung der Arbeit auch eine „Verachtung des Bummelanten, Faulenzers, Drückebergers, Parasiten und Schmarotzers“ einher.

Bei dem 2010 verstorbenen österreichischen Dichter Andreas Okopenko lachte ich, das ist auch schon wieder eine Zeit lang her, befreit über die lyrische Verhöhnung einer derartigen Haltung: „Die Arbeit hoch‘ is no z’weng; / so hoch, dass i’s garnet dergleng!“ Die Kommunisten wiederum modifizierten den Schwerpunkt vom Fetischismus der Arbeit zu jenem der Produktion, was in der Sowjetunion bald zu Straftatbeständen wie „Parasitismus“ und „Arbeitscheu“ führte und in Irrwegen und Scheinheiligkeiten der verordneten Stachanow-Bewegung einen Höhepunkt fand. Derartiges findet allerdings auch ideologische Entsprechungen in der hiesigen Gegenwart. Als sich die Regierenden zu Beginn dieses Jahrhunderts daran machten, erkämpfte Schutzgesetze für Behinderte abzubauen, meldete sich auch der gern als reicher Kasperl für Arme medial inszenierte Baumeister Richard Lugner zu Wort. Der Kündigungsschutz für Behinderte sei Larifari: „Wenn einer nix leistet, muss ich ihn weggeben!“

Im Rahmen der Propaganda des Kalten Krieges wurden die sowjetischen Ab-

irrungen in manchen Arbeitsidiotismus insbesondere auch von der Sozialdemokratie gerne gegeißelt. Heute ist vergessen, dass es in Österreich noch lange nach dem Zweiten Weltkrieg „Arbeitshäuser“ gab, eines zum Beispiel nur fünfzig Autokilometer westlich von Graz in Maria Lankowitz. Begründet wurde die Notwendigkeit einer derartigen Einrichtung unter anderem mit der immer noch weit verbreiteten Ansicht, die heute auch als Begründung für ein möglichst niedriges Arbeitslosengeld herhalten muss, wonach nur die ständige Angst vor Hunger die Armen zur Arbeit treibe. Und dass Arbeit Menschen „bessert“. Das Zwangsarbeitshaus, wie es lange Zeit hieß, wurde erst mit der großen Strafrechtsreform abgeschafft, die am 1. Jänner 1975 in Kraft trat. Ein Verdienst der Sozialdemokratie. Allerdings marschierte sie in Sachen Produktionsidiotie häufig ebenfalls vorneweg. Das bedenkenlose Argument der „Schaffung von Arbeitsplätzen“ oder deren „Sicherung“ führte schnurstracks in die Förderung unsinniger Produkte, nicht zuletzt auch in die Waffenproduktion (unter anderem der staatlichen Firma „Noricum“) und die militante oder zumindest unbedachte Rücksichtslosigkeit gegenüber der Natur (Zwentendorf, Hainburg und vieles andere).

Erleichtert wird solches Denken durch die irreführende Erklärung, „die Arbeitslosigkeit“ der 1920er und 1930er Jahre, nicht der Umgang mit ihr, habe Hitler und den Nationalsozialismus ermöglicht,

eine jahrzehntelange Standarderzählung in Westdeutschland wie Österreich, auch heute noch. Wer die Arbeitslosigkeit für den Faschismus verantwortlich macht, kann schwerlich ideologische Verbindungen zu jenen Wählerinnen und Wählern der Sozialdemokratie insbesondere der Siebzigerjahre bestreiten, die sie wählten, weil sie die „Sicherung von Arbeitsplätzen“ versprach. Sinn und Zweck der Arbeit und worin ein erfülltes und gesichertes Leben bestünde, schienen oder waren in den Hintergrund gerückt.

Was immer der Sozialismus bzw. Kommunismus als Zielvorstellung angibt, jedenfalls geht es stets auch um die Reduzierung des „Reichs der Notwendigkeit“ zugunsten des „Reichs der Freiheit“. Die „Fremdheit“ der Lohnarbeit tritt ja nach Marx gerade „darin hervor, dass, sobald kein physischer Zwang existiert, die Arbeit als eine Pest geflohen wird“. Und: „Das Reich der Freiheit beginnt in der Tat erst da, wo das Arbeiten, das durch Not und äußere Zweckmäßigkeit bestimmt ist, aufhört; es liegt also der Natur der Sache nach jenseits der Sphäre der eigentlichen materiellen Produktion.“ Nicht lange nachdem eine meiner Tanten, die zuletzt als Verkäuferin in einem Schuhgeschäft gearbeitet hatte, vor einem halben Jahrhundert in Pension ging, bekam sie, nicht mehr erinnerlich von wem, eine handgefertigte Wandstickerei im bäuerlichen Stil geschenkt, mit der Inschrift: Wer nicht arbeitet, soll wenigstens gut essen.

### Lesung und Diskussion

## Karl Wimmler: „Kein Spiel“



Die „68er“ und ihre Ausläufer werden oft verklärend dargestellt. Karl Wimmler versucht hingegen, durch seinen Blick wichtige Parameter der politischen Linken in den 1970er Jahren begreiflich zu machen und in die Gegenwart zu holen. Dabei lässt er auch kulturelle Phänomene nicht außer Acht.

*Karl Wimmler: Kein Spiel. Als österreichischer Linker in den 1970er-Jahren. Wien: Promedia 2022, 176 Seiten, 22 Euro*

Mittwoch, **19. Oktober 2022**, 19.00  
Veranstaltungssaal von transform!  
Gußhausstraße 14/3, 1040 Wien

*Eine Veranstaltung von Promedia Verlag und Alfred Klahr Gesellschaft*